

Antrag

Hannover, den 15.03.2022

Fraktion der SPD
Fraktion der CDU**Zusammenarbeit mit Schottland intensivieren**

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Mit dem Austritt des Vereinigten Königreiches aus der Europäischen Union hat auch Schottland die Gemeinschaft verlassen. Dadurch sind auch eine Reihe von Kooperationen und gemeinsamen Projekten, insbesondere mit Institutionen, reduziert oder beendet worden. Infolgedessen ist auch das Austauschprogramm über das EU-Programm „Erasmus+“ für den Jugendaustausch mit Schottland nicht mehr möglich. Gleichermaßen ist eine Teilnahme Schottlands an der geplanten EU-Initiative ALMA (Aim, Learn, Master, Achieve) ausgeschlossen. Damit sollen benachteiligte junge Menschen in Europa, die weder eine Arbeit haben noch eine schulische oder berufliche Ausbildung absolvieren, Berufserfahrung im Ausland sammeln und dabei die notwendige soziale Unterstützung erfahren. Mit dem Wegfall dieses EU-Projekts entfällt auch ein maßgebliches Finanzierungsportfolio.

In der Mitteilung der EU-Kommission zum Projekt „ALMA“ wird der breite Konsens darüber betont, dass Mobilität und Austausch verstärkt werden müssen, auch durch ein substanziell aufgestocktes, inklusives und erweitertes Programm Erasmus+. Es wird hervorgehoben, dass das Programm junge Menschen mit den nötigen Kompetenzen für den Arbeitsmarkt ausstattet, das Verständnis für andere Kulturen verbessert und das soziale Gefüge der Europäischen Union konsolidiert.

Es braucht neue Absprachen und Regelungen mindestens zur Fortführung der seit Langem bestehenden Kontakte und Verbindungen. Das Jahr 2022 bietet mit dem Europäischen Jahr der Jugend einen besonders geeigneten Rahmen, dieses Ziel auch auf Jugendliche und junge Erwachsene zu übertragen.

Im Rahmen des parlamentarischen präsidialen Austauschs bestehen bereits erfolgreiche Kontakte zwischen den Parlamenten in Edinburgh und Hannover. Der Landtag strebt an, diese Kontakte zu intensivieren und zu verstetigen. Die enge Verbundenheit soll perspektivisch durch regelmäßige gegenseitige Besuche von parlamentarischen Gremien beider Länder unterstützt werden.

Die niedersächsischen und schottischen Hochschulen haben ihre Zusammenarbeit in den Bereichen Hochschulkooperation nach Ende des Erasmus-Programms intensiviert und mit Unterstützung durch das Niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kultur ein Zukunftsprogramm erarbeitet. Daher sollen auch die Zusammenarbeit mit Institutionen und die bereits bestehenden Kontakte intensiviert und verstetigt werden.

Daher bittet der Landtag die Landesregierung, für den gemeinsamen Austausch zwischen Niedersachsen und Schottland

1. nach dem Vorbild des Bundeslandes Rheinland-Pfalz Kontakt zur schottischen Regionalregierung aufzunehmen und unterstützend gemeinsam mit dem Präsidium mit den schottischen Kolleginnen und Kollegen einen Vorschlag für die Ausgestaltung eines parlamentarischen Jugendaustauschs zu entwickeln,
2. das Europäische Jahr der Jugend dafür zu nutzen, verstärkt dafür einzutreten, Jugendaustausche durchzuführen und Maßnahmen in diese Richtung für mehr Völkerverständigung zu unterstützen.

Begründung

Eine noch intensivere Zusammenarbeit zwischen Niedersachsen und Schottland entspricht einer europäischen territorialen Zusammenarbeit, die die Aktivitäten auf nationaler Ebene ergänzt. Gemeinsam gilt es, Herausforderungen zu begegnen, die nicht an Grenzen haltmachen und daher grenzübergreifende Lösungen erfordern. Alle europäischen Staaten stehen fortwährend vor der Aufgabe, gemeinsam diesen Herausforderungen zu begegnen und eine Strategie und Neujustierung der Zusammenarbeit jenseits der Europäischen Union für eine prosperierende Entwicklung zu etablieren.

Insbesondere der Austausch zwischen Jugendlichen ist ein wesentlicher Baustein für gute Zusammenarbeit jenseits von Landesgrenzen. Junge Menschen für ihre europäischen Nachbarländer zu begeistern und den zwischenmenschlichen bilateralen Begegnungen Raum und Gelegenheit zu geben, ist eine Aufgabe, die nicht nur aufgrund der jüngsten Ereignisse in der Ukraine an Bedeutung gewonnen hat und zusätzlicher nachhaltiger Anstrengungen bedarf.

Für die Fraktion der SPD

Wiard Siebels
Parlamentarischer Geschäftsführer

Für die Fraktion der CDU

Dirk Toepffer
Fraktionsvorsitzender